

## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Jasmin Fichtinger, Philipp Starlinger,  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0  
**E-Mail:** aboservice@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Markus Marterbauer (Vorsitz), Bernhard Aichtz (Stellvertretender  
Vorsitz), Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Thomas Angerer,  
Lucia Bauer, Cornelia Breuß, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum,  
Georg Feigl, Andreas Gjecaj, Richard Halwax, Karin Hinteregger,  
Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar,  
Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Paul Sturm,  
Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann,  
Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Christiane Benner, Sascha  
Ernszt, John Evers, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei,  
Carmen Janko, Alexa Jirez, Florian Kräftner, Sylvia Kuba, Sabine  
Letz, Markus Marterbauer, Amela Muratovic, Gabriele Müller,  
Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Maja Nizamov, Brigitte Pellar,  
Sybille Pirklbauer, Peter Pirker, Christian Resei, Oliver Röpke,  
Friederike Scherr, Reinhard Schön, Paul Sturm

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße  
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744  
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@  
oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,—;  
Ausland zuzüglich € 12,— Porto; für Lehrlinge, Studenten  
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,—.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**ÖGB:**

## Wesentliche Ziele umgesetzt

### Bundesvorstand beschließt Resolution zu Steuerentlastung.

**Die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen** werden sich ihre Entlastung nicht selbst bezahlen: Diese zentrale Forderung der „Lohnsteuer runter!“-Kampagne hat der ÖGB-Bundesvorstand im März erneut bekräftigt. Einschnitte in Sozial- und Pensionssysteme lehnt der ÖGB-Bundesvorstand klar ab. Mit Bedauern sieht der ÖGB, dass es nicht zu mehr Maßnahmen für größere Verteilungsgerechtigkeit gekommen ist. „Die wirtschaftliche Entwicklung ist alles andere als positiv“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar in der Sitzung des ÖGB-Bundesvorstands. „In dieser Situation war es die einzig richtige Entscheidung, die Lohnsteuern zu senken. Denn eines der Kernprobleme ist, dass wir im Wachstum zurückgefallen sind. Österreich gehört zu

den wachstumsschwächsten Ländern der EU. Und eine Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen kurbelt den Konsum an und stärkt das Wachstum.“

Der ÖGB wird die Umsetzung der Steuerreform genau im Auge behalten. Dabei wird es auf die konkrete Ausgestaltung der Gesetze ankommen, mit denen die Steuerreform 2015/2016 zu geltendem Recht wird. „Die Menschen brauchen nicht nur eine Steuerentlastung, sondern auch soziale Absicherung. Deshalb darf es bei den Nachverhandlungen zu keinen Angriffen auf Arbeit und Beschäftigung sowie auf das Gesundheits- und Pensionssystem oder das AMS kommen“, warnt der ÖGB.

Mehr Infos unter:

[tinyurl.com/p7avuhu](http://tinyurl.com/p7avuhu)

**AK:**

## Unternehmen finanziell gut gerüstet

### Dividendenausschüttungen: AK fordert Umdenken der Unternehmer.

**Solide finanzielle Basis**, stabile Ertragslage und ein neuerlicher Rückgang bei den Dividendenausschüttungen: So lassen sich die Ergebnisse des AK-Unternehmensmonitors zusammenfassen. Vor allem bei der finanziellen Stabilität können die Betriebe punkten, die Zahlungsfähigkeit kann sich sehen lassen und die Gewinnsituation ist stabil. Leicht positiv entwickelte sich auch die Beschäftigung, sie nahm um 0,6 Prozent auf 573.347 Vollzeitbeschäftigte zu. Untersucht wurden die Jahresabschlussdaten für das Wirtschaftsjahr 2013 von 1.370 Unternehmen.

Erfreulich ist die Entwicklung der Dividendenausschüttungen, diese lagen zum zweiten Mal in Folge unter den Investitionen in Sachanlagen. Abzuwarten bleibt, ob die Unternehmen diese begrüßenswerte Strategie fortsetzen. Die Eigentümer dürfen sich im Übrigen weiterhin über beachtliche Renditen auf

ihr eingesetztes Kapital freuen, die bei 11,2 Prozent lagen – Renditen, von denen Otto-Normal-SparerInnen nicht einmal träumen können.

Investitionen gehen insgesamt zurück und liegen noch sehr deutlich unter den Vorkrisenjahren. Um die Konjunktur wieder anzukurbeln, bedarf es jedenfalls eines deutlichen Anstiegs der Investitionstätigkeit der Unternehmen.

AK-Präsident Rudi Kaske zum Ergebnis: „Die sinkenden Dividendenausschüttungen lassen hoffen, dass bei den Unternehmen ein Umdenken einsetzt. Wir fordern jedenfalls, dass mehr Geld in die Betriebe gesteckt als ausgeschüttet wird, um für eine nachhaltige positive wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen.“

Mehr Infos unter:

[tinyurl.com/qfuzr8q](http://tinyurl.com/qfuzr8q)